



Unsere schlesische Heimat

Jahrgang 2014 - Nr. 6

- Verlagsort: 40501 Düsseldorf, Postfach 11 01 35 -

<http://www.bgd1.com>

Die heimliche Liquidation Rest-Niederschlesiens in der Bundesrepublik Deutschland - eine neue Variante der Vertreibung schlesischer Identität im 200. Jahr nach dem Anschluß an Berlin/Preußen

Bereits mit dem 1. Schlesischen Krieg 1740-41 ist die obere Lausitz mit dem schlesischen Görlitz von preußischen Truppen besetzt worden. In den folgenden zwei Schlesischen Kriegen, die aus strategischen Gründen auch die Landschaft der Lausitz voll erfaßten und nach dem 7-jährigen Krieg mit dem Frieden von Hubertusburg am 15.01.1763 und einer längerfristigen preußischen Besetzung der Region entlang der Lausitzer Neiße und östlich des Königreiches (KR) Sachsen endeten, blieb auch die Verwaltung der Lausitzer Länder jahrelang in preußischer Hand. Die obere Lausitz mit Görlitz unterlag jedoch weiterhin bis 1814 sächsischer Hoheit. Die Gebiete westseits der Lausitzer Neiße, von Görlitz bis Bad Muskau-Hoyerswerda-Ruhland, neigten aber mehr zu Kern-Schlesien und Brandenburg als zu Sachsen. Der Einmarsch Napoleons im Jahre 1806 erfaßte kriegerisch auch die niederschlesische und sächsische Region der Oberlausitz. Napoleon selbst quartierte sich sowohl auf seinem Vorstoß nach Osten als auch auf seinem so verlustreichen Rückzug aus Rußland im preußisch gewordenen, feindlichen Niederschlesien - insbesondere auch in Görlitz - und im befreundeten Sachsen ein. Ein Barockhaus am Görlitzer Obermarkt kündigt noch davon. Die Freund-Feind-Grenze durchzog in Süd-Nord-Richtung etwa die Mitte der Lausitz auf deren ethnographischer Kulturgrenze. Östlich der Linie Görlitz bis Lindenau-Ruhland Lebende hielten zu Preußen, die an der Ostgrenze des KR Sachsen Wohnenden wandten sich Dresden zu. So blieb es bis zu den Befreiungskriegen 1812/13.

Im Oktober 1813 fand die Völkerschlacht bei Leipzig statt, die der französischen Herrschaft eine blutige Niederlage bescherte, die die Sachsen während der Schlacht auf die preußische Seite überlaufen ließ und die auch der damals feindlichen sächsischen Militäradministration in der Oberlau-

sitz, Anfang 1814, ein - von den Niederschlesiern als Befreiung empfundenes - rasches Ende setzte. Die Sachsen von Zittau bis Bautzen, Weißenberg und darüber hinaus, fühlten sich gedemütigt.

Vor 200 Jahren, am 8. November 1814, ging die Verwaltung der Region an der Lausitzer Neiße an die preußische Krone über. Heuer gedenken wir also des 200. Jahrestages der Übernahme der Verwaltung der Oberlausitz durch Berlin bzw. durch das KR Preußen, das im Wiener Kongreß von 1815 durch fast alle europäischen Großmächte, sogar mit Zustimmung Frankreichs (Ministerpräsident Charles Talleyrand), zwei Drittel des oberlausitzer Landes - wieder ostwärts der ethnischen Kulturgrenze von Süd nach Nord, also ab südlich von Görlitz bis Ruhland/Schwarze Elster und bis zur Pulsnitz - zugesprochen bekam. Auch Sachsen stimmte zu!

In den folgenden 130 Jahren konnte sich endlich die schlesische Identität voll entfalten und konsolidieren, erlitt jedoch auch schwere Rückschläge durch den 1. und 2. Weltkrieg infolge enormer militärischer Personalverluste. Die Schlesier waren jedoch - auch gerade aus der niederschlesischen Oberlausitz - führend im Widerstand gegen das Naziregime (z.B. Görlitzer, wie Kurt Steffelbauer, Johannes Wüsten, die Familie von Witzleben, Paul Mühsam, Werner Fink etc). Die 1933 gewählte nationalsozialistische Regierung führte für die alte Provinz Niederschlesien den Namen „Gau Niederschlesien“ ein. Schon rund 120 Jahre gehörten zu dieser Zeit zwei Drittel des oberlausitzer Landes direkt zu Schlesien. Das Regierungspräsidium lag in Liegnitz.

1945 wurde der östliche Teil der schlesischen OL durch das Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 „unter polnische Verwaltung“ gestellt. In Rest-Schlesien - einem Teil (ca. 18,1%)

des niederschlesischen Regierungsbezirkes Liegnitz von ca. 2.500 km² Größe - stauten sich die im Frühjahr 1945 flüchtenden Millionen Schlesier und später die zurückflutenden Flüchtlinge, die den in der Heimat gebliebenen und bald vertriebenen Schlesiern ab Ende Mai 1945 entgegenströmten, in unvorstellbarem Elend. Sie verstärkten allerdings die einheimischen Niederschlesier im oberlausitzer Landstrich um etliche Hunderttausend.

Die Sperrung der plötzlich neuen Neiße-Grenze ab 1. Juni 1945 schuf im westlich der Neiße gelegenen schlesischen Gebiet - damals Teil der Ostzone - ein grauenhaftes Chaos, einen schrecklichen Wohnungsmangel und entsetzliche Hungersnöte.

Anfang Juni begann die „wilde Vertreibung“ der Niederschlesier, auch aus der Oststadt von Görlitz, jetzt Zgorzelec, wie es auch der Unterzeichnende beobachtete. Am 9. Juli 1945 wurde der westlich der Lausitzer Neiße gelegene Teil Niederschlesiens durch die SMA (Sowjetische Militär-Administration) dem Land Sachsen angeschlossen. Der separat und ohne alliierte Legitimation - ohne Volksbefragung - diktatorisch geschlossene Gör-litzer Vertrag zwischen der „DDR“ und der VR Polen im Jahre 1950 zerriß die niederschlesische Lausitz-Landschaft und die 850 Jahre alte Stadt Görlitz durch die Neiße-Grenze. **Bis 23. Juli 1952 wurde der deutsch gebliebene niederschlesische Teil als „Ostsachsen“ von Dresden administriert, alsdann - ohne Befragung der Bevölkerung - am 24. Juli 1952 dem SED-Bezirk Dresden im Verbund mit der Liquidation des Namens „Niederschlesien“ einverleibt, eine Okkupation.** -

Wer sich zu Schlesien oder als Schlesier zu seiner niederschlesischen Heimat als Teil der „DDR“ bekannte, wurde mit Haft bedroht, galt als Revanchist oder wurde bestraft. Folglich bekannte sich öffentlich kein Einwohner der schlesischen Oberlausitz mehr zu Niederschlesien als seine Heimat. Die Angst vor Existenzverlust und Repressalien ging um und machte alle mundtot. - Zwar entlud sich am 17. Juni 1953 im niederschlesischen Görlitz, in Zodel, Niesky, Hoyerswerda u.a. noch einmal mächtig auch der Gedanke ethnischer Befreiung, wurde aber durch Sowjetsoldaten und Kasernierte Volkspolizei erstickt.

Tagelang galt der Ausnahmezustand - ein Befehl der Sowjet-Kommandantur und der SED-Bezirksregierung in Dresden.

Mit dem Fall der Mauer 1989 änderte sich die unterdrückte Haltung der Bewohner jedoch schlagartig. Als Bundeskanzler Helmut Kohl am 26. September 1990 auf dem Obermarkt sprach, schwenkte eine jubelnde, ca. 25.000 Demonstranten umfassende Menschenmenge, hunderte schlesischer Landesfahnen. Journalisten sprachen von einem Fahnenmeer auf dem Obermarkt.

Dies' - und die historisch lange gewachsene Realität - schlugen sich auch in der neuen Sächsischen Verfassung vom 27. Mai 1992, in deren Präambel und im Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 5, ja sogar mit Artikel 6, definitiv und historisch korrekt nieder. Diese räumten den Bewohnern, also der niederschlesischen Minderheit in der schlesischen Region der Oberlausitz, das Heimatrecht und das Flaggenrecht ein.

200 Jahre nachdem das politische Berlin - noch vor dem Wiener Kongreß - die Verwaltung der Region der westlichen Nasenspitze Schlesiens übernahm, zu der das Gebiet Niederschlesiens im oberen Lausitzer Land bzw. dessen zwei Drittel Anteil an der Lausitz bis westwärts der Lausitzer Neiße gehörte, wollen nun - **im Gedenkjahr 2014** - etliche sehr radikale „Oberlausitzer“ mittels einer starken politischen Kampagne eines neu gegründeten „Kuratoriums Einige Oberlausitz e.V.“ unter dem Dirigat eines Zittauer Sachsen (Name ist bekannt), **den angestammten Namen „Niederschlesien“ in der niederschlesischen Oberlausitz restlos liquidieren.** Sie behaupten, dieses Territorium wäre früher nie Schlesien gewesen. - Zudem würde noch heute die Bevölkerung in der Oberlausitzer Gegend durch die Niederschlesier am Ort gespalten. Eine alte, latente „Einheit der Oberlausitz“ müsse Neiße-übergreifend, folglich grenzübergreifend, wieder hergestellt werden.

Die Begründung sieht man im „Sechsstädtebund“, der im Jahr **1346 als Trutzbündnis gegen die Raubritter geschlossen wurde und auf den Landtagen der Region Lausitz, als ein geschlossener Stand dem Adel (mit den Prälaten) gegenüberstand.** Und daß 1635 die sechs Städte an Sachsen fielen. Denn: 1815 hätte Preußen diese Einheit zerstört, worunter die Einheimischen bis heute psychisch leiden würden. - **Das wird in Briefen einiger Kuratoriumsmitglieder behauptet.**

Erste Bestrebungen dieser selbst ernannten 'Lokalpolitiker', eines 'Pseudohistorikers' und 'von außen Einwirkender', begannen im Jahre 2006, um durch eine „Einige-Oberlausitz-Kampagne“ die Niederschlesier kulturell zurückzudrängen und eine natürliche niederschlesische Identität, die aus Sprache (nicht der Sächsischen), Brauchtum, Trachten, Folklore und Toleranz besteht, zu leugnen, ja zu verhöhnern.

Die Nazis erst hätten durch die Bezeichnung „Gau Niederschlesien“ eine Linie durch die oberlausitzer Bevölkerung gezogen und die Teilung der Oberlausitz und eine Grenze Schlesiens (zu Sachsen) herbeigeführt. Das alles gelte es jetzt endlich zu beseitigen, auch mittels der im polnisch gewordenen Teil der früher sächsischen, später niederschlesischen Oberlausitz lebenden Polen. Zwecks Planung des „Tages der Oberlausitz“ wurden im Dezember 2013 alle Landräte angesprochen.

Diese frenetischen Aktivitäten gegen eine niederschlesisch geprägte einheimische Bevölkerung und Kultur (siehe z.B. das Pückler-Ensemble aus Schloß und Park Bad Muskau oder den Kromlauer Park oder die Hohe Dubrau und auch die - wenn auch schwache - evangelische Kirche), erhalten staatlicherseits keine Dämpfung bzw. eine kaum wahrnehmbare Objektivierung. Bereits 2007 richtete diese „Oberlausitz-Fan-Gruppe“ eine Petition an den Landtag des Freistaates Sachsen, die niederschlesische Region als eine von den Nazis propagierte Fiktion, die auch durch den Landtag und einige Lokalpolitiker sowie Frau MdB Erika Steinbach (BdV) weiter gepflegt würde, abzuschaffen und die zerschnittene Oberlausitz nach der Zerreißung vor 200 Jahren bis an Queis und Bober zu vereinigen. **Der bezeichnende Passus (Art. 2) in der Verfassung müsse verschwinden.**

Eine Volksbefragung der Betroffenen wird durch die Oberlausitz-Fans garnicht erst in Betracht gezogen - die Demokratie scheint in deren Köpfen abgeschafft.

Die Kampagne wird so heftig betrommelt - heimlich bleibend jedoch für das übrige Deutschland - daß bei der betroffenen Einwohnerschaft die Angst zurückkehrt und teilweise schon vorherrscht, „man dürfe doch nicht mehr darüber sprechen“ und die Zeiten von Verhaftungen für Bekenntnisse als Niederschlesier brächen womöglich wieder an.

Deutliches Zeichen ist, daß die an staatlichen Festtagen nach 1990 an den Fenstern des Obermarktes zu Görlitz vielfach heraushängenden schlesischen Flaggen, nur noch auf eine einzige reduziert sind. -

Schon 2008 wurde die amtliche Bezeichnung „Niederschlesischer Oberlausitz-Kreis“, auch der Autoschilder NOL, in die Bezeichnung Kreis Görlitz, Autoschilder GR, umgewandelt. Als Grund wurde die Einsparung zweier Kreistage für einen und eine Verwaltungs-Verschlangung - aus Geldmangel - genannt.

Die sächsische Kreisreform, mit dem Ziel, „300.000 Menschen unter einer Verwaltung“ zu haben, könne auf den „Niederschlesischen OL-Kreis“ keine Rücksicht nehmen. Die Integration von Zittau/Sachsen sei unabdingbar gewesen. Der Name „NOL“ mußte zu Gunsten „Kreis Görlitz“ namentlich beseitigt werden. -

Im Jahre 2009 mußte sich die „Niederschlesische Sparkasse“ durch Einwirkung der Oberlausitzer fortan in „Oberlausitz-Niederschlesische Sparkasse“ umbenennen. Grund: Schlimme interne Kämpfe zwischen Sparkassen-Vorständlern oberlausitzer und niederschlesischer Prägung. -

Im Jahre 2011 wurden die Namen der „Wahlkreise Niederschlesische Oberlausitz I + II“ offiziell kritisiert und eine Zusammenlegung zum „Wahlkreis Kreis Görlitz“ vorbereitet. -

Am 31.12.2012 wurde die bisher „Polizeidirektion Niederschlesische Oberlausitz“ genannte Dienststelle in der Moltkestraße Görlitz und anderswo abgeschafft und in „Polizeidirektion Görlitz“ umbenannt.

Fazit: Dieses Gebaren durch von außerhalb des niederschlesischen Gebietes einwirkender Kader mit dem Motto, „steter Tropfen höhlt den Stein“, zeigt offenbar Wirkung. -

Andererseits wurde einer erneuten, in 2011 verstärkten Petition der - nun doch wohl eine Art Separatismus verfolgenden - Oberlausitz-Gruppe des „Kuratoriums Einige Oberlausitz e.V.“ beim Petitionsausschuß des Sächsischen Landtags, mit dem Vorwurf, man solle in der neuen Verfassung die bewußt oder irrig übernommene Nazi-Sache des Art. 2 endlich beenden, mit dem Ziel der **Verfassungsänderung in punkto Abschaffung des Eintrags „schlesischer Teil des Landes“, im Dezember 2012 allerdings nicht abgeholfen, also vom Ausschuß vornehm zurückgewiesen.**

Trotzdem wird - mit demagogischem Aspekt und großer Verve - die Liquidation alles Schlesischen in der Niederschlesischen Oberlausitz massiv weiter betrieben, die Bevölkerung mit historischen Halbwahrheiten beunruhigt und der Landfrieden durch neue Verunsicherung und Angstmache gestört.

Es wurde auch damit gedroht, falls die sächsischen Politiker nicht einlenkten, man sich spätestens 2015 an das EU-Parlament wenden wolle, um die Namensgebung der niederschlesischen Ecke der „BRD“ als unwahre Geschichte zu denunzieren und dessen verfassungsändernde Anordnung gegen den Petitionsausschuß im Landtag zu erwirken.

Nun wird in Erinnerung an die Sechsstädtebund-Gründung von 1346 erstmalig im August 2014 ein „Tag der (einigen) Oberlausitz“ eingeführt, der deutlich machen soll, daß sich in der Oberlausitz die Minderheit der Schlesier illegal so nennt und eine historische Grundlage keinen Platz habe.

Von einer demokratischen Volksbefragung und entsprechenden Vorbereitungen einer solchen über das „Für-und-Wider“ einer Liquidation der Niederschlesischen OL ist nie die Rede. Hiervon ist bisher auch kein Schlesier in der Mitte und im Westen Deutschlands informiert worden, außer zufällig durchs Internet. Wozu auch? Heimlich ausradieren, ist wirksamer. - **Die Niederschlesier jedoch mit ihren Flaggen freundlich einzuladen, wäre der bessere Weg. Aber....?**

So muß man zu dem Resultat neigen: Die Demokratie und die Historie, die internationalen Abkommen und Verträge sowie die Menschenrechte scheinen abgeschafft und die Schalmeien der Diktatur wollen wohl - wie zweimal durchlitten - wieder erklingen.

PS: Es ist zu vermerken, daß eine Befragung des Marschalls von Küstrin/Kostrzyn anläßlich einer Wirtschaftstagung im Jahre 2010 in der Europäischen Akademie in Berlin-Grünwald, ob die Polen eine Löschung des Namens „Niederschlesien“ in der Bundesrepublik betreiben, die Antwort erbrachte: „Das kommt nur von Euch, von uns nicht!“ Zu beachten ist überdies, daß schon 1252-1339 das Territorium der Lausitz als Mitgift zum damaligen askanischen Markgrafentum Brandenburg und seinen Verwandten in Jauer/Schlesien überkommen war.

Wolfgang Liebehenschel



Liebe Schlesier

Herr Wolfgang Liebehenschel hat in bemerkenswerter Weise Fakten zusammengetragen und dargestellt, an denen kein noch so „fremdbestimmter“ Schlesier vorbeikommt.

Unser BGD-Landesverband Schlesien hat bei der vergangenen Bundestagswahl im Wahlkampf auf den Straßen und Plätzen zwischen Weißwasser und Görlitz landesweit unsere schlesische Fahne im Winde flattern lassen.

Allen Schlesiern, die uns anläßlich des Bundestags-Wahlkampfes im Wahlkreis 157 Görlitz mit ihrer Unterschrift unterstützt hatten - nochmals unseren Dank.

Bereits damals hatten Sie sich für ein freies Schlesien eingesetzt. Unsere Argumente entsprachen inhaltlich den Ausführungen von Herrn Wolfgang Liebehenschel.

Jedoch - mit den von Herrn Liebehenschel festgeschriebenen Fakten wird es Ihnen leichter sein „verirrte“ Schlesier zu überzeugen:

Heimat ist nicht verhandelbar.

Wir bitten und hoffen auch bei den kommenden Wahlen um Ihre Unterstützung.

Horst Zaborowski

Bundesvorsitzender-Wahlkampfleiter-Schriftleiter

